



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 492

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 19. Oktober 2020, 19.00 Uhr
im KUSPO**

| | | |
|-----------------------|--|---|
| Anwesend | 37/36 3 | Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates |
| Abwesend entschuldigt | Einwohnerrat: Tobias Henzen, Hasan Kanber und Fabian Thomi Gemeinderat: Christine Gogel, Marcial Darnuzer, Stefan Löw und Roger Schneider | |
| Vorsitz | Urs Baumann | |
| Protokoll | Ulrike Schmid | |
| Weibeldienst | Martin Suter | |

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

| | | |
|----|--|------|
| 1. | Wahl von 6 Mitgliedern in die Sozialhilfebehörde für die Amtsperiode vom 1.1.2021 bis 31.12.2024 | 3242 |
| 2. | Teilzonenvorschriften Siedlung Ortskern – 2. Lesung | 3192 |
| 3. | Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements (VOR) - 2. Lesung | 3213 |
| 4. | Nachtragskredit von CHF 47'000 für Heizungsersatz Gartenstrasse 13 | 3243 |
| 5. | Postulat Paul Dalcher, Initiierung einer öffentlichen Ideensammlung Arco Verde | 3151 |
| 6. | Postulat der U/G, Gerold Stadler, Grünstadt Schweiz | 3236 |
| 7. | Motion der SVP, Urs Schneider, Energieeffizienz bei bestehenden Heizungen in Gemeinde-Liegenschaften | 3238 |

| | | |
|-----|--|------|
| 8. | Motion der SVP, Urs Schneider, Nachhaltiges Pratteln Bäume 20% plus | 3239 |
| 9. | Postulat der U/G, Petra Ramseier und Christoph Zwahlen, Hitzeinseln in Pratteln – Klimaschutz im Wohngebiet | 3240 |
| 10. | Beantwortung Interpellation der FDP, Stephan Bregy, Auswirkungen der COVID-19 Pandemie auf unsere Gemeinde | 3220 |
| 11. | Beantwortung Interpellation der U/G, Petra Ramseier, Suchen und Finden – das Parking im Albanhof | 3234 |
| 12. | Beantwortung Postulat Paul Dalcher, Publizierung von amtlichen Bestattungsanzeigen auf der Homepage www.pratteln.ch | 3167 |
| 13. | Beantwortung Postulat der SP, Rebecca Moldovanyi, Sitzgelegenheiten | 3188 |
| 14. | Beantwortung Postulat der SP, Marcial Darnuzer, Elterntaxi die Situation ist am ausarten | 3206 |
| 15. | Beantwortung Postulat, SP, Tobias Henzen, Kreuzung Gehrenacker / Mühleweg | 3181 |
| 16. | Beantwortung Postulat, SVP, Simone Schaub, Hundespielplatz Gottesacker | 3199 |
| 17. | Fragestunde | |

Begrüssung

Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, geschätzte Herren Gemeinderäte, wertige Gäste und Vertreter der Presse, ich begrüsse Sie recht herzlich zur 492. Sitzung des Einwohnerrates.

Präsenz

Es sind zurzeit 37 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3 Mehr 25 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Urs Baumann: Wir kommen zu den Informationen des Büros. Das Geschäft 3204, dringliche Resolution des gesamten Prattler Einwohner- und Gemeinderates wurde von der Bau- und Planungskommission beantwortet. Die Antwort wurde am 20. September an alle Einwohner-rätinnen und Einwohnerräte verschickt. Das Geschäft ist somit abgeschlossen.

Vor Beginn der heutigen Sitzung wurden gelbe Karten verteilt. Solange die Anlage läuft, dienen diese nicht zum Abstimmen, sondern für Wortmeldungen, denn es hat sich gezeigt, dass Wortmeldungen durch Handaufheben missverständlich sein können.

Am 14. Dezember findet die letzte Einwohnerratssitzung dieses Jahres statt. Traditionellerweise hätte es bei dieser Gelegenheit einen Apéro gegeben, der aber abgesagt werden muss (Corona Massnahme).

Noch ein Hinweis zur Maskentragepflicht: Solange ihr am Tisch sitzt, braucht ihr keine Maske zu tragen. Sobald ihr aber zum Rednerpult kommt, müsst ihr die Maske aufsetzen. Ob ihr beim Sprechen am Mikrofon die Maske trägt oder nicht, ist euch freigestellt.

Mitteilungen des Gemeinderates

GP Stephan Burgunder: Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ihr seht, der Gemeinderat ist heute mit einem kleinen Team am Start, und das hat seinen Grund. Letzten Dienstag hat nach der Gemeinderatssitzung der alljährliche Austausch und das Nachtessen mit den Abteilungsleitenden der Gemeinde stattgefunden. In der Folge wurde ein Gemeinderat positiv auf Corona getestet. Ich darf euch an dieser Stelle die besten Wünsche und Grüsse von Stefan Löw überbringen. Er ist in Isolation, es geht ihm bis auf grippeähnliche Symptome gut. Wir hoffen, dass das so bleibt und wünschen ihm gute Besserung. In der Folge haben sich Personen, die mit ihm Kontakt hatten, vorsorglich in Quarantäne begeben. Diese dauert noch bis Freitag dieser Woche. Zurzeit gibt es keine Anhaltspunkte für weitere Übertragungen vor Ort. Sämtliche Massnahmen sind mit dem kantonsärztlichen Dienst abgesprochen.

Geschätzte Damen und Herren, Sie sehen, das Virus nähert sich rasant. Deshalb appelliere ich nochmals an alle, die Sicherheitsmassnahmen AHA einzuhalten: Abstand halten, Handhygiene, Alltagsmasken – nur so können wir die weitere Ausbreitung des Virus' eindämmen.

Neue parlamentarische Vorstösse

Urs Baumann: Es sind drei neue parlamentarische Vorstösse eingegangen.

- Postulat, U/G, Benedikt Schmidt, Pumptrack
- Interpellation, U/G, Benedikt Schmidt, Photovoltaik auf den neuen Kindergärten
- Postulat, FDP-CVP, Didier Pfirter, Autobahnausfahrt Pratteln Ost: Erwähnung des Namens der Standortgemeinde im Namen der Autobahnausfahrt im Gebiet Löli-Wanne

Bereinigung Geschäftsverzeichnis

Die Traktanden 11,12 und 14 werden aus aktuellem Grund Corona auf die November Sitzung verschoben.

Beschlüsse

1. Nr. 3242

Wahl von 6 Mitgliedern in die Sozialhilfebehörde für die Amtsperiode vom 1.1.2021 bis 31.12.2024

Urs Baumann: Die Namen wurden in der Vorlage bekanntgeben, die zwei fehlenden Namen findet ihr in der Tischvorlage. Wenn es keine weiteren Kandidaten für die Sozialhilfebehörde gibt, kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Da das Abstimmungstool nicht läuft, muss mit der Karte abgestimmt werden; die Stimmenzähler sind gebeten, zu zählen.

Abstimmung zur Vorlage Nr. 3242

://: In die Sozialhilfebehörde werden einstimmig gewählt:

| | |
|---|---------------|
| Ebert Stephan, SVP | <i>bisher</i> |
| Weisskopf Carole, SVP | <i>bisher</i> |
| Pavan Mauro, SP | |
| Catak Kanber Irem, SP | <i>bisher</i> |
| Gloor Oliver, FDP-CVP | |
| Barmettler Sonja, parteilos, Kandidatin der U/G | |

2. Nr. 3192

Teilzonenvorschriften Siedlung Ortskern – 2. Lesung

GP Stephan Burgunder: Ich werde zuerst die zwei Fragen zum Thema Baufeld beantworten. Die restlichen Fragen würde ich beantworten, wenn der Antrag behandelt wird.

Zuerst zur Ortskernplanung. Wir haben hier in Pratteln einen historischen Dorfkern von nationaler Bedeutung. Die aktuelle Ortskernplanung stammt aus dem Jahr 1984. Im Jahr 2008 hat man mit deren kompletten Überarbeitung begonnen mit dem Ziel, das Ortsbild unter Berücksichtigung einer zeitgemässen Wohnqualität zu schützen. Da prallen verschiedene Interessen aufeinander: Schutz bestehender Gebäude, Forderungen nach erneuerbaren Energien, Forderungen nach Ausbau und Nutzung von Dachgeschossen et cetera. Unter Wahrung der Verhältnismässigkeit hat man mit dieser Vorlage versucht, einen mehrheitsfähigen Vorschlag zu erarbeiten und ein komplett neues Reglement ausgearbeitet. Hier komme ich zur Beantwortung der Fragen.

Die Frage von Urs Schneider lautet „Gibt es Gebäude, die im jetzigen Zonenreglement anders eingestuft sind als im letzten, ohne dass der Eigentümer schriftlich eingewilligt hat?“ Dazu ist zu sagen, dass alle Gebäude der Gemeinde betroffen sind, denn wie ich ausgeführt habe, besteht durch die Gesamtüberarbeitung der Zonenvorschriften nun ein vollständig neues Zonenreglement. Die bestehenden Gebäudekategorien sind komplett von zwei in ein neues System überführt worden, wie das auch in anderen Gemeinden oder im Kanton üblich ist. Es wäre auch nicht möglich, so etwas in einer Synopse darzustellen – man hat ein altes Reglement, und man hat ein neues Reglement. Eine explizite, schriftliche Zustimmung wurde aber nicht eingeholt. Das sieht das Gesetz auch nicht vor. Im Falle einer Anfrage an die Eigentümer hätte es drei mögliche Reaktionen gegeben: eine Zustimmung, keine Reaktion, oder eine Ablehnung. Bei denjenigen, die nicht reagiert hätten, wäre man stillschweigend von deren Einverständnis ausgegangen. Bei denjenigen, die nicht einverstanden gewesen wären, hätte man die strittigen Punkte abholen müssen.

Wir haben alle Betroffenen angeschrieben und ihnen die Möglichkeit zur Reaktion, zur Mitwirkung geboten. Wer einverstanden war oder sich nicht äussern wollte, musste sich nicht melden. In der Dokumentation ist nachzulesen, wie viele Parteien nicht einverstanden waren

und da mitgewirkt haben, wie viele Punkte zu diskutieren waren. Alle diese Punkte haben wir in den letzten Jahren abgearbeitet, das Gespräch gesucht, Kompromisse geschmiedet, und so kam es bei dem einen Baufeld, über das wir später nochmals diskutieren, zu einer weiteren Mitwirkung. Etwas Derartiges geschieht raumplanerisch nicht sehr häufig und zeigt, dass wir uns wirklich Mühe gegeben haben, auf die Bedürfnisse einzugehen. Es konnten sich alle einbringen, aber wir haben nicht gefragt: „Seid ihr einverstanden, ja oder nein?“, sondern haben die Frage anders gestellt: „Wenn ihr nicht einverstanden seid, sagt uns, womit“. So sieht der Gesetzgeber eigentlich auch ein Mitwirkungsverfahren vor.

Die Frage von Paul Dalcher betraf die Aufhebung eines früheren Beschlusses zu Richtlinien für schützenswerte Bauten in der Kernzone. Gibt es diese Richtlinien noch? Mit dieser aufgehobenen Richtlinie konnte nur abgegolten werden, was über das im Reglement Vorgeschiedene hinausging. Nur weil strengere Vorschriften dieser Ortskernzone gegenüber einer Wohnzone erfüllt werden mussten, entstand also noch lange kein Anspruch auf Gelder aus diesem Fonds. Deshalb hat die Gemeinde in den letzten Jahren schon lange keine Beiträge mehr geleistet, und auch im Budget wurde kein Betrag mehr eingetragen. Damit hat sich diese Richtlinie als obsolet erwiesen und der Gemeinderat konnte sie in eigener Kompetenz aufheben.

Lesung

§1 Keine Wortmeldungen

§2 Keine Wortmeldungen

§3 Keine Wortmeldungen

§4

Wortmeldung zu §4:

Benedikt Schmidt: Wir haben bereits letztes Mal einen Antrag zu §4.1 gestellt. Er ist uns wichtig und wir möchten ihn nochmals stellen. Die Fläche neben dem KUSPO war bisher eine OeWA-Zone und soll jetzt in die erweiterte Kernzone umgezont werden. Wir möchten, dass sie weiterhin OeWA-Zone bleibt und somit den Status quo behalten, denn wir sehen die Notwendigkeit der Umzonung nicht ein. Zweckbestimmung dieser OeWA-Zone könnte sein „KUSPO und öffentliche Freifläche“. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag.

Antrag von Benedikt Schmidt

GP Stephan Burgunder: Es ist eigentlich derselbe Antrag wie letztes Mal, und an sich könnten wir einfach das Protokoll der letzten Sitzung zur Hand nehmen, aber ich möchte die Antwort doch nochmals begründen. In einer OeWA-Zone ist man aufgrund der Zweckbestimmung eingeschränkter als sonst. Das Thema ist die Planbeständigkeit. Wandeln wir das jetzt in eine OeWA-Zone um, haben wir darauf eine zehnjährige Planbeständigkeit und sind mit den künftigen Nutzungsabsichten – und ich sage nicht einmal „Bebauungsabsichten“ – eingeschränkt. So oder so ist aufgrund der Nachbarschaft zum Schloss die kantonale Denkmalpflege in Planungen einzubeziehen und eine Überbauung nur unter Auflagen überhaupt vorstellbar. Zudem wird der Einwohnerrat diese Nutzung steuern können, ausser das Projekt wäre unter zwei Millionen. In diesem Fall würde es durch den Gemeinderat beschlossen. Die Wahrscheinlichkeit, dass dort etwas entsteht, ist praktisch gleich null, aber wir schränken uns unnötigerweise ein und es bestehen bereits genügend Einschränkungen. Das war letztes wie auch dieses Mal die Argumentation.

Patrick Weisskopf: Ich danke Stephan Burgunder für diese Antwort. Mich befriedigt sie nicht, denn der einzige für mich ersichtliche Grund für eine Umzonung ist das Anstreben einer anderen Nutzung, sprich ein Verkauf oder eine Abgabe im Baurecht. Ich glaube, dass wir alle das nicht wollen und darum würde ich es in der bestehenden Zone lassen. Planbeständigkeit hin oder her: es hat geheissen, wir machen die nächsten zehn Jahre nichts. Sonst müssen wir die nächste, unbequeme Frage stellen: Das Schloss ist unternutzt. Wollen wir auch das noch privatisieren? Das wäre der nächste kreative Ansatz; wohnen im oder beim Schloss. Viel Spass!

Kurt Lanz: Ich habe richtig verstanden: Stephan Burgunder hat gesagt, es beständen im Moment keine Nutzungsabsichten der Gemeinde, die zumindest eine Veränderung der Zone bedeuten würden. Darum möchte auch ich Sie bitten, die Fläche in der bestehenden OeWA-Zone zu lassen.

Andreas Seiler: Als ehemaliger BPK-Präsident weise ich darauf hin, dass, wie in unserem Bericht steht, wir mit 3 zu 2 Stimmen die Variante des Gemeinderates unterstützen. Ich gebe zu bedenken, dass, wenn wir diese Fläche jetzt in die OeWA-Zone mit dem neuen Zweck nehmen, dieser Zweck für die nächsten zehn Jahre fixiert ist. Sonst müsste eine erneute Umzonung gemacht werden, was so schnell nicht möglich wäre. Mit der Variante des Gemeinderates hingegen wären wir frei zu entscheiden, was wir damit machen, respektive der Gemeinderat, falls dieser eine Idee hat, die er in eigener Kompetenz umsetzen kann. Darum empfehle ich im Namen der damaligen Bau- und Planungskommission, die das behandelt hat, aber auch aus persönlicher Überzeugung, den Antrag abzulehnen.

Benedikt Schmidt: Wir haben es gehört; die Wahrscheinlichkeit, dass sich auf diesem Areal etwas ergibt, ist gleich null. Das ist die Einschätzung des Gemeindepräsidenten. Dann sehe ich aber auch nicht ein, weshalb eine Umzonung notwendig sein soll. Eine Zonenplanänderung macht Sinn, wenn etwas geändert werden soll, sonst lasst bitte die Fläche in der OeWA-Zone.

Petra Ramseier: Als Antragstellerin damals in der BPK möchte ich einfach erwähnen, dass wir einen Namen gesucht haben, der möglichst vieles zulässt und möglichst offen ist, nämlich „KUSPO und öffentliche Freifläche“. Dieser Name lässt sehr viel Spielraum, um alles Mögliche auf dieser Fläche zu realisieren. Falls es daran liegt, den Namen noch offener zu formulieren für die OeWA-Zone und jemand einen Vorschlag hat, ist das noch machbar. Auf dieser Fläche sollte man fast alles machen können, ausser bauen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Antrag zu §4.1 von Benedikt Schmidt, U/G:

Die Fläche neben dem Schloss, dort wo früher das Feuerwehrmagazin stand, soll nicht in die Kernzone Ergänzung umgezont werden. Sie soll in der OeWA-Zone bleiben. Die Zweckbestimmung soll sein: „KUSPO und öffentliche Freifläche“.

Abstimmung über den Antrag zu §4.1 von Benedikt Schmidt, U/G:

://: Der Antrag wird mit 19 Ja- zu 18 Nein-Stimmen angenommen.

Weiterführung der Lesung

§5 Keine Wortmeldungen

§6 Keine Wortmeldungen

§7

Wortmeldung zu §7:

Benedikt Schmidt: Ich habe ausnahmsweise keinen Antrag, aber eine Bemerkung. Der Gemeindepräsident hat am Anfang gesagt, man habe einen mehrheitsfähigen Kompromiss ausgearbeitet. Ich bitte einfach darum, dass er in der täglichen Praxis dann auch mit dem nötigen Augenmass umgesetzt wird. Unsere Nachbarn renovieren aktuell ihr Haus und streichen es in einer Farbe, die sie gar nicht wollen, weil ihnen das von den Behörden so vorgeschrieben worden ist. Damit habe ich Schwierigkeiten und hoffe, dass man bei zukünftigen Vorschriften ein Augenmass findet.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Weiterführung der Lesung

§8

Wortmeldung zu §8:

Benedikt Schmidt: Ich habe letztes Mal einen Antrag gestellt für eine Änderung im Plan zum Baufeld, wo jetzt laut Plan eine „maximale Bruttogeschossfläche 600m²“ vermerkt ist. Wir stellen den Antrag, die maximale Bruttogeschossfläche solle 450m² betragen. Wir möchten das Volumen des Gebäudes, von dem wir mittlerweile auch Pläne und Visualisierungen gesehen haben, reduzieren. Es wird ein sehr hohes Gebäude, mindestens in der Höhe des angrenzenden Ochsen-Areals. Wir sind der Meinung, dass ein solches Gebäude an dieser Stelle viel zu gross ist. Ich bin gespannt auf die Abklärungen, die der Gemeindepräsident getroffen hat.

Antrag von Benedikt Schmidt aus der 1. Lesung

GP Stephan Burgunder: Eine Reduktion der Bruttogeschossfläche bedeutet nicht per se, dass das Haus eine geringere Höhe aufweist, sondern es kann eine geringere Grundfläche bedeuten. Bei den Baufeldern in der Zone wie auch im ganzen Zonenreglement werden keine Höhen-Einschränkungen angegeben. Gemäss Zonenbestimmungen, §1.4 Gestaltung, muss sich eine Baute harmonisch in die Umgebung einfügen. Ein zukünftiges Bauprojekt muss durch den Bauausschuss auf diese Eingliederung hin geprüft werden. Gemäss dem heute geltenden Zonenreglement könnte auf den drei Parzellen 211, 212 und 214 in der Zone W1B eine Ausnützung mit einer Bruttogeschossfläche von 650m² erstellt werden. Vorgeschlagen ist neu eine Reduktion auf 600m². Was du gesehen hast, ist eine kleine Studie zum maximalen Baufeld, in der die Volumetrie abgebildet wurde. Diese Studie wurde durch ein Architekturbüro zusammen mit dem Bauausschuss ausgearbeitet; sie hat absolut nichts mit einem Plan zu tun. Eine Reduktion auf 450m² BGF würde eine sehr starke Einschränkung für die heutigen Eigentümer bedeuten und wäre gegenüber den heutigen Möglichkeiten ziemlich massiv. Das Baufeld mit 600m² BGF ist mit der Grundeigentümerschaft abgesprochen. Diese hatte Einsprache eingelegt, weshalb eine zweite Mitwirkung gemacht wurde. Das habe ich letztes Mal erläutert. Würde dort wie ursprünglich vorgesehen kein Baufeld gemacht, käme das einer materiellen Enteignung gleich und wir als Gemeinde würden Schadenersatzpflichtig. Wenn wir dieses Baufeld von 600m² BGF auf 450m² BGF reduzieren, würde dies eine Reduktion um einen Drittel bedeuten. Auch das würde einer teilweisen Enteignung entsprechen und könnte allenfalls zu einer Schadenersatzpflicht der Gemeinde führen. Aus diesem Grund, um allfällige Verfahren zu umgehen, hat man sich mit der Bauherrschaft in einem Kompromiss geeinigt auf maximal 600m² anstatt 650m² BGF. Das heisst nicht, dass auch tatsächlich 600m² BGF gebaut werden können, aber selbstverständlich probiert jeder Bauherr, das Maximum auszureizen. Genau dafür muss dereinst der zuständige Architekt dem Bauausschuss aufzeigen können, dass das von ihm geplante Gebäude sich auch wirklich dort einfügt und der Blick und die Durchlüftung, all die wichtigen Themen, gegeben sind. Aus diesem Grund: bleibt bitte bei den 600m² BGF.

Petra Ramseier: Nur ganz kurz: 400m² BGF bedeuten eine Reduktion um einen Viertel, nicht um einen Drittel.

GP Stephan Burgunder: Wir machen einen Kompromiss, es sind 30,8%. Gerechnet auf die 650 m² ist es eine Reduktion um 200m². Das wäre die Bruttogeschossfläche, die sie heute bauen könnten, und davon muss ausgegangen werden. Sie haben bereits 50m², das heisst knappe 10% gegenüber der heutigen Situation reduziert. Die Reduktion auf 450m² BGF würde gegenüber der heutigen Situation, in der sie 650m² BGF bauen könnten, 30% Unterschied bedeuten. Dieses aktuelle Reglement ist massgebend, nicht der Vorschlag, der bereits einen Kompromiss darstellt.

Benedikt Schmidt: Wir sprechen über den aktuellen Reglementsentwurf, nicht über das, was bisher galt. Jetzt besteht eine Änderung, es gelten die 600m² BGF, und somit ist auch klar, wie gerechnet werden muss. Interessant ist doch, dass wir am Anfang gehört haben, wer den Luxus habe, im Ortskern wohnen zu dürfen, müsse gewisse Einschränkungen akzeptieren. In diesem Fall scheint das nicht zu gelten. Man könnte auch alle, die Einschränkungen akzeptieren müssen, gleichbehandeln. Es gibt auch noch andere Leute, die an der zweiten Mitwirkung teilgenommen haben und vielleicht nicht so begeistert sind, weil auch sie betroffen sind.

GP Stephan Burgunder: Aber eine allfällige Schadenersatzpflicht würde berechnet aufgrund des heutigen IST-Zustandes mit 650m² BGF und nicht aufgrund des ersten Reglements, das gar nie in Kraft war. Faktisch ist es eine Reduktion von 650m² auf 450m² BGF, und das sind 30,76% - daran gibt es wirklich nichts zu rütteln.

Paul Dalcher: Meines Wissens habe ich letztes Mal bei der ersten Lesung einen Antrag schriftlich eingereicht mit der Erweiterung des Perimeters. Wann wird dieser Antrag behandelt?

Antrag von Paul Dalcher aus der 1. Lesung

Antrag zum Plan von Benedikt Schmidt, U/G:
Der Text im Plan wird geändert zu: „max. BGF 450m²“

Abstimmung über den Antrag zum Plan von Benedikt Schmidt, U/G:

:// Der Antrag wird mit 19 Nein- zu 17 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Urs Baumann: Paul, du könntest jetzt deinen Antrag nochmals stellen.

Paul Dalcher: Danke, dass ich den Antrag nochmals stellen kann. Er lautet so, dass der Perimeter der Zone ergänzt würde um das Gelände, auf dem wir uns aktuell befinden, also Grossmattstrasse und Gottesackerstrasse mit dem Jugendhaus, der Wiese und dem KUSPO. Es grenzt an den historischen Dorfkern und sollte meiner Meinung nach als Kern-Ergänzung deklariert werden. Beim Bau dieses Hauses wurde seinerzeit stark Rücksicht genommen auf das Schloss und die nähere Umgebung und das ist sehr gut gelungen. Es geht ja nicht um künftige Bauten oder Bauvorhaben, sondern man muss die neu dazu gekommenen Objekte schützen. Was heute noch modern ist, kann in einigen Jahren bereits ein Denkmal sein und daher sollte man das schon heute als schützenswertes Gebäude einbeziehen. Es wäre keine grosse Sache, den Perimeter zu erweitern. Das ergäbe eine sehr kompakte Kern-Ergänzungszone. Wir haben vorhin §3 beschlossen, und dort steht explizit, „Ziel der Kernzone Ergänzung ist die sorgfältige Einordnung von Neu- und Umbauten in die historische Bebauung der Nachbarschaft“, und genau da liegt die Parzelle, auf der wir uns befinden. Darum bitte ich Sie, den Plan im Perimeter so zu erweitern.

GP Stephan Burgunder: Wäre es möglich, den Antrag schriftlich zu erhalten, damit ich sehe, welche Parzellen genau betroffen sind? Die Parzelle hier vorn haben wir jetzt in eine OeWA-Zone umgewandelt, jetzt wandeln wir diese OeWA-Zone in eine Kernzone um. Was ist mit dem Jugendhaus? Ich bin leicht irritiert, dass man auf die letzte Lesung noch einen so fundamental anderen Antrag bringt, den ich noch nie gesehen habe. Spontan fällt mir nur ein: wenn wir das jetzt umzonen, dann gibt es keine Fotovoltaik, dann kommen die Kernzonenbestimmungen auf dieses Gebäude und allenfalls das Nachbar-Gebäude zur Anwendung. Keine Angst, ich will das Jugendhaus nicht abreißen, aber das muss unbedingt in der Zone bleiben, in der es jetzt ist. Ich sehe keinen Sinn, es jetzt in die Kernzone umzuwandeln, wenn wir vorne dran die OeWA-Zone haben. Aber wie gesagt, ich hätte gern Parzellenscharf die Definitionen, damit ich es beurteilen kann.

Mauro Pavan: Ich möchte mich nicht inhaltlich zum Antrag äussern, fühle mich aber auf der Meta-Ebene genötigt aufzuzeigen, wie nützlich es ist, ein schriftliches Protokoll zu haben, das auch während der Sitzung durchsucht werden kann. Der Antrag wurde tatsächlich gestellt an der Juni-Sitzung, und der damalige Einwohnerratspräsident Stephan Ebert hat laut Protokoll gesagt „Die Rednerliste ist erschöpft. Paul Dalcher, wir haben deinen Antrag zur Kenntnis genommen und werden am Schluss der Lesung auf den Antrag zurückkommen und über diesen Antrag entsprechend beraten.“ So neu ist er also nicht.

Kurt Lanz: Paul Dalcher wollte offensichtlich eine Antwort und hat sie nicht erhalten. Da geht es mir ähnlich wie Mauro, ich finde, wenn es ihm versprochen wurde, hat er diese Antwort zugute. Da Stephan Burgunder sagt, er müsste das genauer wissen, und da ich nie auf eine zweite Lesung verzichte, stelle ich offiziell den Antrag – was ich hoffentlich nicht schriftlich machen muss – auf eine weitere, dritte Lesung. So hat der Gemeinderat die Gelegenheit, an dieser dritten Lesung Paul Dalcher Auskunft zu geben. Dieser wiederum muss dem Gemeinderat und auch uns Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten vielleicht noch genauer mitteilen, welche Parzellen er hier gemeint hat.

Antrag von Kurt Lanz

GP Stephan Burgunder: Ich weiss jetzt, um welche Parzellen es sich handelt. Es ist das KUSPO plus das Jugendhaus und die Wiese daneben, die jetzt in der OeWA-Zone sind. Das würden wir in die Kernzone Ergänzung umwandeln und deren Vorschriften würden angewendet. Ich denke, es macht auch aufgrund der aktuell bestehenden Bauten hier keinen Sinn, weitere Gebäude in die erweiterte Kernzone zu integrieren. Ich mache beliebt, dass man es so belässt, wie es heute ist.

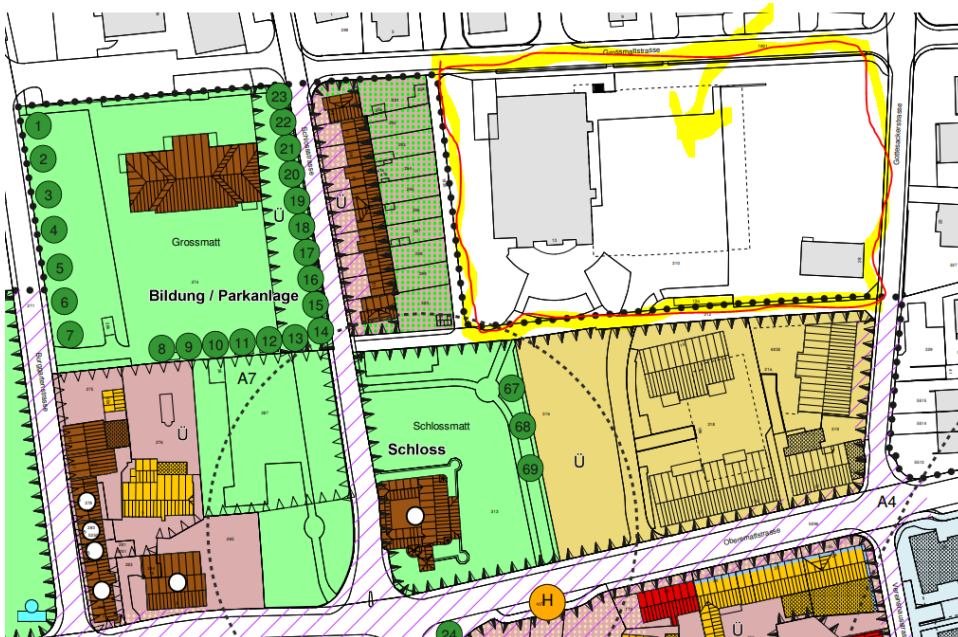
Antrag auf 3. Lesung von Kurt Lanz, SP:

Abstimmung zum Antrag von Kurt Lanz

:// Der Antrag wird mit 21 Nein- zu 12 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag von Paul Dalcher, parteilos:

Im Perimeter „Ortskern“ aufnehmen (Land gemäss beigelegtem Plan)



Abstimmung zum Antrag von Paul Dalcher

://: Der Antrag wird mit 31 Nein- zu 1 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Weiterführung der Lesung

§9 Keine Wortmeldungen

Abstimmung Teilzonenvorschriften „Ortskern“

Der Einwohnerrat stimmt den Teilzonenvorschriften „Ortskern“ zu und beauftragt den Gemeinderat mit der Durchführung des weiteren Verfahrens gemäss § 31 RBG.

://: Der Antrag wird mit 34 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

5.3 Abstimmung über Beschluss Bauausschuss:

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Pflichtenheft des Bauausschusses sinngemäss zu ergänzen:

„Der Bauausschuss berücksichtigt bei seinen Empfehlungen auch die möglichen finanziellen Mehrkosten, die bei der Ausführung der Auflagen entstehen.“

://: Der Beschluss des Bauausschusses wird einstimmig genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist:
18. November 2020.

3. Nr. 3213

**Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements (VOR)
– 2. Lesung**

Lesung

§8

Wortmeldung zu §8:

Franziska Senn: Wir von der Fraktion U/G haben noch einen Antrag; wir haben einen neuen Beschluss 3.1. Wir möchten das Pflichtenheft der Kommission ergänzen mit zwei Subsystemen. Das eine wäre „Integration und Chancengleichheit“, das zweite „Quartierentwicklung“. Im Weiteren möchten wir in der Kommission neben den Fachexperten für diese Subsysteme auch Personen mit Migrationshintergrund aufnehmen. Darum würde ein neuer Beschluss 3.1 lauten „Integration und Chancengleichheit und Quartierentwicklung werden als weiteres Subsystem im Pflichtenheft der Kommission aufgenommen“.

Der neue Beschluss 3.2 lautet „In die Kommission werden neben den Fachexperten für die Subsysteme auch Personen mit Migrationshintergrund aufgenommen“.

Der alte Beschluss 3.1 würde dann neu zum Beschluss 3.3 „Die Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements wird genehmigt“.

Antrag Franziska Senn

GP Stephan Burgunder: Ich vertrete das Geschäft für Marcial Darnuzer, der heute in Quarantäne ist. So wie ich das sehe, ist das Pflichtenheft Sache des Gemeinderates, einer gemeinderätlichen Kommission. Wir würden diese Inputs sehr gerne mitnehmen und auch berücksichtigen bei der Besetzung der Kommission. Aber das Reglement sieht nur vor, dass ihr Kommissionen benennt. Der Inhalt dieser Kommissionen ist Sache der Exekutive.

Billie Grether: Mich dünkt es sehr wichtig, dass man nicht über Personen mit Migrationshintergrund redet, sondern sie bewusst aufnimmt. Ich möchte nicht reinreden, sondern hoffe einfach, dass es als Anregung ernstgenommen wird.

Dieter Stohler: Nur zwei kurze Statements: Beim formellen Statement hat mir der Gemeindepräsident die Show gestohlen. Das ist nicht stufengerecht; wir stimmen nicht über das Pflichtenheft ab. In diesem Sinn bitte ich Sie, gar nicht auf diesen Antrag einzutreten. Inhaltlich finde ich die Vorschläge gut, aber es ist einfach formell nicht Sache des Einwohnerrates, darüber abzustimmen.
Antrag Dieter Stohler auf Nichteintreten

Petra Ramseier: Beim Bauausschuss vorher war es möglich, also denke ich, man könnte auch dies als Empfehlung weitergeben wie das vorherige Anliegen.

Kurt Lanz: Mir ist nicht klar, wie die Kommission denn heissen sollte. Im Antrag, der uns letztes Mal vorlag, hiess sie „Kommission für gesellschaftliche Entwicklung“. Franziska Senn stellte damals den Antrag, die Namensweiterung „und Integration“ auch noch aufzunehmen, und ich weiss nicht, was jetzt genau drin ist. Wenn wir jetzt über die Aufnahme des Zusatzes „gesellschaftliche Entwicklung und Integration“ abstimmen, dann sagt eigentlich der Name dieser Kommission schon, was ihre Aufgabe ist. Ansonsten kann ja dem Protokoll des Einwohnerrates entnommen werden, was die Kommission zu tun hat. „Integration“ gehört meiner Meinung nach schon in den Namen dieser Kommission. Wenn man mir den genauen Wortlaut dieser Kommission sagen könnte, wäre ich froh.

Urs Baumann: Der neue Name lautet „Kommission für gesellschaftliche Entwicklung und Integration“.

Antrag von Franziska Senn, U/G:

Neuer Beschluss 3.1

- Integration und Chancengleichheit und
- Quartierentwicklung werden als weitere Subsysteme ins Pflichtenheft der Kommission aufgenommen.

Neuer Beschluss 3.2:

In die Kommission werden neben den Fachexperten für die Subsysteme auch Personen mit Migrationshintergrund aufgenommen. / Alter Beschluss 3.1 neu 3.3

Franziska Senn: Die Fraktion der U/G nimmt zur Kenntnis, dass nicht von uns, vom Rat auf das Pflichtenheft Einfluss genommen werden kann und zieht den Antrag zurück. Wir bedanken uns beim Gemeinderat, dass er unsere Anregungen aufnimmt und sie bei der Erstellung des Pflichtenhefts wenn möglich berücksichtigt.

Abstimmung über die Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglement

://: Die Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements wird einstimmig genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist:
18. November 2020.

4. Nr. 3243

Nachtragskredit von CHF 47'000 für Heizungsersatz Gartenstrasse 13

Urs Baumann: Das Büro empfiehlt Eintreten und Direktberatung.

GR Philipp Schoch: Wir beantragen einen Heizungsersatz für die Liegenschaft Gartenstrasse 13, ein schönes, klassisches Einfamilienhaus und schlagen den Einbau einer Wärmepumpe vor. Die aktuell eingebaute Gasheizung ist defekt und muss ersetzt werden. Wir haben verschiedene Optionen abgeklärt und sind zusammen mit der EBL, die uns beraten hat, auf die Lösung mit der Wärmepumpe gekommen. Die Kosten dafür würden aufgerundet CHF 47'000 betragen. Somit hätten wir schon wieder eine der CO₂-Heizungen eliminiert. Der Ersatz ist notwendig, da die bestehende Heizung nicht mehr funktioniert.

Kurt Lanz: Die SP-Fraktion sieht, dass ein Ersatz notwendig ist, fragt sich aber, warum nicht Erdwärme genutzt wird. Erdwärme hätte eine noch viel bessere Effizienz als eine Luft-Wasser-Wärmepumpe, aber vielleicht gibt es Gründe für diese Wahl, die wir gerne kennen würden.

GR Philipp Schoch: Die Frage ist relativ einfach zu beantworten mit dem Faktor Zeit. Das Haus wird durch die Gemeinde genutzt, die bisherige Heizung ist defekt und es wird kalt. Mit einer Wärmepumpe können wir die Heizung recht schnell ersetzen. Die Variante Erdwärme wäre sehr viel aufwändiger, ein geologisches Gutachten beispielsweise dauert relativ lange. Die Zeit drängt aber und deshalb sind wir auf die Möglichkeit der Wärmepumpe gekommen.

Dominique Häring: Die Fraktion der FDP-CVP unterstützt diese Anschaffung unter dem von Philipp erklärten Aspekt. Es ist bereits ein Schritt zur CO₂-Reduktion, es ist unbestrittenerweise notwendig und es ist die schnellste Variante. Danke für die gute Abklärung mit der EBL.

Franziska Senn: Auch wir von der Fraktion der U/G haben diesen Antrag geprüft. Es erstaunt uns immer wieder, dass es auch hier heisst, es müsse rasch gehandelt werden, denn die Lebensdauer einer Heizung ist absehbar. Wir würden den Antrag auf die Wärmepumpe mit dem Wärmepumpen-Boiler ebenfalls unterstützen, haben aber noch Fragen zum Kredit. Bei der EBL-Berechnung heisst es, nach Abzug der Subventionen betrügen die Kosten noch CHF 39'000. Es folgen weitere Empfehlungen für die Wärmedämmung der Kellerdecke, was wir im Zusammenhang mit der Heizungssanierung als sehr sinnvoll erachten. Nimmt man den Betrag von CHF 39'000 nach Abzug der Subventionen plus die CHF 9'000 für die weiteren Empfehlungen, sind wir bei CHF 48'000. Deshalb frage ich, wie der Betrag von CHF 47'000 zustande kommt.

GR Philipp Schoch: Es handelt sich um eine Rundungsdifferenz und ich glaube, diese muss man stehen lassen.

Kurt Lanz: Ich danke Philipp Schoch für seine Antworten und bin bereits davon ausgegangen, dass es mit dem Zeitfaktor zusammenhängt. Wenn man sich aber ein wenig mit Wärmepumpen auseinandersetzt, weiss man, dass eine Luft-Wasser-Wärmepumpe die Wärme aus der Luft nimmt. Wenn draussen +10 °C herrschen, dann glaube ich, dass der Wirkungsgrad einer Wärmepumpe, respektive der Faktor, zu dem sie viel Wärme für wenig Elektrizität abgeben kann, relativ gut ist. Herrscht aber draussen eine Temperatur von minus -10 °C, kommt eine Luft-Wasser-Wärmepumpe salopp gesagt etwa einer Elektroheizung gleich. Deshalb habe ich gefragt, ob eine Erdwärme-Heizung überhaupt abgeklärt worden ist. Offensichtlich ist dies aus Zeitgründen nicht geschehen. Dann kommt aber meine nächste Frage: Da Erdwärme per se nicht als Erdwärme genutzt werden kann, weil sie in der Regel zu wenig warm ist, entsprechend den Tiefen, in die wir bohren, braucht ein Nutzer immer noch eine Wärmepumpe, um das warme Wasser aus der Erde auf das notwendige Wärmeniveau zu bringen. Das heisst, diese Wärmepumpe wäre möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt noch viel effizienter betreibbar, wenn man sie in Zusammenhang mit Erdwärme bringen wür-

de. Ich möchte den Gemeinderat dazu bewegen, solche Lösungen noch zu prüfen, denn erst dann wäre es eine wirklich ökologische Wärmepumpe.

GR Philipp Schoch: Du hast absolut recht, Kurt Lanz. Eine wirklich effiziente und sparsame Lösung wäre wohl, die Gartenstrasse 13 an die neue Heizung des sanierten Fröschmatt-Schulhauses anzuschliessen. Diese wird wahrscheinlich mit Fernwärme betrieben werden. Das war meine erste Frage, als ich das Geschäft zum ersten Mal gesehen habe. Wir haben das beim Kanton nochmals verifiziert. Leider ist dieser aber nicht ganz so schnell, wie wir es wegen der kaputten Gasheizung benötigen. Der Anschluss an die Fernwärme wäre erst etwa ab dem Jahr 2027 möglich. Wir brauchen aber jetzt eine Lösung und sind deshalb auf die zugegebenermassen stromfressende Lösung mit der Wärmepumpe gekommen. Aber langfristig wird der Anschluss an die Fernwärme die gewünschte Lösung sein. Von aussen oder als Planspiel betrachtet, sind deine Überlegungen sicher die richtigen, aber leider hat uns die Zeit überholt.

Sebastian Enders: Ich danke dem Gemeinderat für diese Vorlage. Wir von der SVP haben es untereinander besprochen und können dem Geschäft im Grundsatz zustimmen. Weshalb man eine Gasheizung, die sowieso nicht in Frage kommt, überhaupt noch geprüft hat, lassen wir mal so stehen. Wie man genau auf diesen Betrag von CHF 47'000 kommt, ist auch uns nicht ganz klar, aber wenn er aufgerundet ist, hat es sich für uns erledigt.

Didier Pfirter: Im Gegensatz zu Kurt Lanz verstehe ich nicht viel von Wärmepumpen-Heizungen, aber spontan habe ich mich gefragt: Wenn das also etwas gar nicht so sehr Klimamaschonendes ist, weil es die halbe Zeit praktisch als Elektroheizung läuft, beeindruckt mich diese Lösung nur mässig, denn Elektroheizungen will man ja verbieten. Wenn man gleichzeitig, wie der Gemeinderat sagt, daran denkt, die Heizung bereits in sieben Jahren wieder zu ersetzen durch eine Fernwärme-Heizung, frage ich mich, ob sich diese fast CHF 50'000 lohnen. Könnte man nicht irgendeine billigere, provisorische Lösung wählen, allenfalls sogar eine reine Elektroheizung? Dafür könnte man später etwas wirklich Nachhaltiges wie eine Erdwärmepumpe oder einen Anschluss an die Fernwärme realisieren.

GR Philipp Schoch: Wir gehen jetzt sehr ins Detail. Ich habe nicht gesagt, dass wir die Heizung in sieben Jahren wieder ersetzen, sondern, dass ein Anschluss an die Fernwärme die Langzeitperspektive wäre, wenn wir die Liegenschaft in sieben, zehn oder fünfzehn Jahren überhaupt noch brauchen. Es ist absolut nicht so, dass eine Wärmepumpe eine CO₂-Schleuder ist, aber sie braucht Strom. Der Strom-Mix in der Schweiz ist nicht ganz atomfrei, aber ziemlich CO₂-neutral, im Baselbiet sowieso. Die Gemeinde Pratteln bezieht Öko-Strom und ist daher nicht so schlecht unterwegs. Mehrere Projekte sind ausserdem in der Pipeline. So werden wir etwa Solarstrom auf gemeindeeigenen Gebäuden herstellen und sind also nicht schlecht in der Bilanz. Aber sicher, Kurt Lanz hat recht: es braucht Strom für den Betrieb der Wärmepumpe.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung über den Nachtragskredit Heizungersatz Liegenschaft Gartenstrasse 13

://: Der Nachtragskredit von CHF 47'000 für den Heizungersatz der Liegenschaft Gartenstrasse 13 wird einstimmig genehmigt.

5. Nr. 3151

Postulat Paul Dalcher, Initiierung einer öffentlichen Ideensammlung Arco Verde

GR Urs Hess: Das Postulat ist eigentlich eurem Nicht-Überweisen oder Nicht-Zustimmen zum Kredit für das städtebauliche Entwicklungskonzept zum Opfer gefallen, denn wir hatten gesagt, wir würden es im Grün- und Freiraumkonzept mitnehmen. Der Gemeinderat ist immer noch gleicher Meinung und würde das Postulat entgegennehmen.

Keine Wortmeldungen.

Der Rat beschliesst einstimmig

://: Das Postulat Nr. 3151 wird an den Gemeinderat überwiesen.

6. Nr. 3236

Postulat U/G, Gerold Stadler, Grünstadt Schweiz

GR Philipp Schoch: Auch das würden wir gern im Grün- und Freiraumkonzept abhandeln. Wir machen bereits relativ viel in dieser Beziehung. Vielleicht haben Sie die neuen Verkehrsinseln in der Oberemattstrasse gesehen, die jetzt bereits naturnäher umgesetzt worden sind. Wir haben verschiedene weitere Projekte, die in dieselbe Richtung zielen. Ob wir schlussendlich dem Label „Grünstadt Schweiz“ beitreten werden, wird man sehen. Aber wir möchten gern die aktuellen Bestrebungen des Gemeinderates aufzeigen und würden deshalb das Postulat gerne entgegennehmen.

Didier Pfirter: Die FDP-CVP-Fraktion lehnt dieses Postulat ab. Nicht etwa, weil wir etwas dagegen hätten, dass Pratteln eine grüne Gemeinde wird, sondern weil wir nicht viel von Labeln halten, die immer grossen administrativen Aufwand mit sich bringen. Am Schluss erfüllt man gewisse schematische Anforderungen, weil sie zum Label gehören, ohne dass sie in Bezug auf grüne Politik der Gemeinde Pratteln viel nützen. Wir sind der Meinung, wir müssen uns bemühen, grün zu sein, so wie das der Gemeinderat bereits macht, aber das Geld sollte eingesetzt werden für Projekte, die der Gemeinde wirklich etwas bringen. Da wäre beispielsweise der Vorstoss wegen Hitzeinseln, der etwas Konkretes darstellt, statt Geld und Energie in ein Label zu investieren, welches dann Berichte erfordert. Wir finden das nicht die effizienteste Art, unsere Ressourcen in diesem Bereich einzusetzen.

Jasmine Bosshard: Die SP-Fraktion begrüsst dieses Postulat. Im Gegensatz zur FDP-CVP-Fraktion finden wir es eine gute Sache, dass sich Pratteln für dieses Label qualifizieren sollte. Es wäre ein Ansporn, sich in diesem Bereich zu bewegen. Wenn dann ein Bericht erstellt werden muss und man merkt, dass man darin nichts vorweisen kann, wird einem klar, dass die unternommenen Anstrengungen nicht genügen.

Christoph Pfirter: Ich wollte das genau gleiche sagen wie mein Vorredner Dieter Pfirter. Das hat nichts mit dem Namen Pfirter zu tun. Die Idee, dass wir Hitzeinseln schaffen, dass wir Pratteln grüner machen, ist absolut unstrittig. Aber wir brauchen wirklich kein Label. Wie er schon erwähnt hat, erzeugt es grossen Aufwand und eine Menge Papier. Warum müssen wir einen Bericht schreiben? Machen wir doch lieber eine Insel mehr oder brauchen das Geld zum Kauf eines grösseren Baums, der anstatt in fünf schon in zwei Jahren Schatten spendet! Ein Label kostet wirklich Geld, und wir sollten lieber etwas machen, das man sieht, als einen Haufen Papier zu produzieren.

Gerold Stadler: Herzlichen Dank dem Gemeinderat, dass er dieses Postulat entgegennehmen will. Es ist ein Postulat, das aktuell passt. Viele Traktanden gehen heute in diese Richtung. Was ich mir vom Label „Grünstadt Schweiz“ erhoffe, ist nicht nur das Label selbst oder die Zertifizierung, sondern das Entscheidende ist das Wissen, das diese Organisation mitbringt. Ich bin überzeugt, dass wir in der Gemeinde kompetente Mitarbeitende beschäftigen, aber oft ist es gut zu sehen, was andere Gemeinden machen, welches Wissen schweizweit vorhanden ist, zu sehen, was gut funktioniert und was weniger. Wenn man sich um dieses Label bewirbt, gibt man nicht nur, sondern man erhält auch etwas von der Organisation. Mir ist bewusst, dass das Label seinen Preis hat, aber dieses Geld wird nicht nur in irgendwelche Berichte investiert, sondern man erhält dafür Wissen und Informationen zu wichtigen Zusammenhängen. Ich denke, wir können es zumindest einmal an den Gemeinderat überweisen und nach seiner Antwort entscheiden, ob es weiterverfolgt werden soll oder nicht.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Rat beschliesst mit 19 Ja- zu 17 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung

://: Das Postulat Nr. 3236 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Fragestunde

Frage 1

Kommunikation der Gemeinde Pratteln betreffend Salina Raurica: Projektvorstellung am 2. September 2020, Verlängerung Tramlinie 14

(Hasan Kanber, SP)

GP Stephan Burgunder: Hasan Kanber fragt *„Weshalb wurde die Kommunikation durch den Sachbearbeiter Raumplanung übernommen?“* Diese Kommunikation erfolgte durch den Kanton Basel-Landschaft und nicht der Gemeinde Pratteln. Anlässlich einer Medienkonferenz am 2. September haben die Bau- und Umweltschutzdirektion zusammen mit den Gemeinden Pratteln und Augst und zusammen mit der BLT diese Landratsvorlage, welche vom Regierungsrat an den Landrat überwiesen worden war, vorgestellt. Dieser Sachbearbeiter, der intensiv mitgearbeitet hatte, hat lediglich die offizielle Medienmitteilung des Kantons gepostet.

„Wie stellt die Gemeindeverwaltung sicher, dass der Kompetenzweg bei künftigen Medienmitteilungen entsprechend den Zuständigkeiten eingehalten wird?“ Ich sehe keine Verletzung des Kompetenzwegs, weil es lediglich ein Re-Post der offiziellen Medienmitteilung des Kantons Basel-Landschaft war. Unsere Medienmitteilungen werden immer über die Kommunikationsstelle erarbeitet, koordiniert und publiziert. Der interne Prozess ist seit Jahren derselbe, und er ist klar.

„Wird sich der Gemeinderat zum Thema Kommunikation und Gefässen der Kommunikation, Gewichtung Homepage oder soziale Medien verstärkt zur Verbesserung einsetzen, beziehungsweise interne Abläufe prüfen bzw. optimieren?“ Der Gemeinderat stärkt Kanäle und baut sie weiter aus. So posten und kommunizieren wir seit kurzem vermehrt über Facebook und Instagram. Die Grundlage dazu ist ein Redaktionsplan. Zur Stärkung unserer Homepage wird im Oktober auch noch ein neuer Newsletter lanciert. Zudem können spezifische Dienstleistungen abonniert werden.

Urs Baumann: Da Hasan Kanber nicht da ist, folgen von ihm keine Fragen dazu. Wir kommen somit zur nächsten Frage.

Frage 2

Taxiparkplatz auf dem Veloweg

(Benedikt Schmidt, U/G)

GR Urs Hess: Es geht bei dieser Frage um den Taxiparkplatz, der an der Endstation Tramhaltestelle markiert ist. *„Wer hat diese Markierung veranlasst?“* Die BLT als Eigentümerin dieser Parzelle hat das veranlasst, die Gemeinde war im Vorfeld nicht informiert.

„Wer hat den Standort ausgewählt?“ Selbstverständlich der Eigentümer der Parzelle, also die BLT. Wohl den wenigsten ist aber bekannt, dass dort schon früher ein Taxistandplatz signalisiert gewesen war, wenn auch lediglich durch eine Tafel mit der Aufschrift „Taxistandort“ an einem Kandelaber.

„Teilt der Gemeinderat die Ansicht, dass der Standplatz auf dem Veloweg schlecht gewählt ist?“ Selbstverständlich gehört der Taxistandplatz nicht auf einen Veloweg. Man muss aber auch klarsehen, dass es keine offizielle Radroute ist und Velos dort eigentlich nur geduldet sind. Die offizielle Radroute verläuft über die Muttenerstrasse und Oberemattstrasse. Trotzdem sind wir der Auffassung, dass der Taxiparkplatz nicht dorthin gehört. Allerdings habe ich im Dorf auch schon Stimmen – nicht von Seiten des Gemeinderates – gehört, die sagen „Gut, steht dort etwas, dann kommen die Velos nicht so schnell daher“.

„Wird der Taxistandplatz an einem besseren Standort neu aufgemalt?“ Die Gemeinde hat sich darum bemüht und es ist geplant, südlich des jetzt markierten Standortes einen Platz zu kennzeichnen. Die Bewilligung der Migros-Genossenschaft, der diese Parzelle gehört, haben wir erhalten. Mit der BLT haben wir schon Verschiedenes erlebt und während der Trambau-stelle mehrfach interveniert, damit man in unserem Dorf leben und sich einigermassen bewegen konnte.

Frage 3

Sanierung und Aufstockung Schulhaus Längi

(Dominique Häring, FDP-CVP)

GR Philipp Schoch: Wir sind im Zeitplan, es gibt keine Verzögerungen. Bald wird das Provisorium aufgestellt, welches für das Schulhaus Längi benötigt wird, denn dieses kann nicht bei laufendem Betrieb saniert werden. Wie Sie wissen, haben wir noch mehrere Sanierungen vor uns und das Provisorium werden wir später auch dafür noch nutzen können. Die Schule zieht nach den Winterferien in dieses Provisorium, das bis jetzt im Einsatz im Kanton Basel-Stadt war. Dort wird es jetzt abgebaut und neu in der Längi aufgestellt. Es gibt noch ein zweites Gebäude, das aktuell auf dem Schulhausplatz Längi steht und auch an den provisorischen Standort zügelt. Es gibt also ein grosses, aus zwei Gebäuden bestehendes Schulhaus, das eingesetzt wird, damit nächstes Jahr die Sanierung des Schulhauses Längi vollzogen werden kann. Es handelt sich um eine komplette Sanierung, das heisst Fassaden, Fenster, Dachsanierung, Aufstockung. Es ist also kein Projekt, das ein Weiterführen des Schulbetriebs in den Räumlichkeiten erlauben würde. Wir haben die Zeit genutzt, um dieses Provisorium richtig zu planen. Es muss mit der Schule abgesprochen sein und auch mit den Personen, die die Sanierung durchführen. In der Begleitkommission werden wir die ganze Umsetzung eng begleiten und am Schluss ein tolles Schulhaus in der Längi haben, das sich vom heutigen komplett unterscheidet.

Dominique Häring: Zwei meiner Fragen wurden nicht beantwortet: Wann wird die Bevölkerung über die Planungsschritte informiert? Und wie gedenkt der GR künftig über solche Projekte zu informieren?

GR Philipp Schoch: Kommunikation ist immer so eine Sache; da können wir sicher noch besser werden. Eine Schulhaussanierung ist eine komplexe Sache. Es ist uns ein grosses Anliegen, die Nutzer, in diesem Fall die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Lehrpersonen nah dabeizuhaben. Das schaffen wir mit dieser Begleitkommission. Andererseits braucht es eine Begleitung aller Bauprojekte, und da brauchen wir eine viel umfassendere Kommunikation als bisher. Stephan Burgunder hat es an einem anderen Beispiel gut erklärt; wir wer-

den in Zukunft auch die digitalen und sozialen Medien viel mehr nutzen können, um die Projekte gut zu begleiten, auch kommunikativ. Wir hatten schon die Idee, eine Webcam aufzustellen, um zu zeigen, wie dieses Provisorium wächst. Es geht recht schnell, die vorgefertigten Elemente zusammenzufügen und es ist cool, live zu sehen, wie das wächst. Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, zu sehen, was entsteht und was mit dem Geld, ihren Steuerfranken passiert. Wir werden künftig die diversen Kanäle bespielen, um die Bevölkerung breit und auf verschiedenen Ebenen abholen und einbinden zu können.

Frage 4

Stand Volkswillen Fröschi-Unterführung

(Mauro Pavan, SP)

GR Urs Hess: „Wie steht es um die Umsetzung der Fröschi-Initiative?“ Was bemalt wurde, kam aus eurer Fraktion. Fabian Thomi reichte dieses Postulat ein und darauf haben Schüler und Künstler gemeinsam diese Fröschi-Unterführung bemalt. Es wird wahrscheinlich noch ein wenig dauern, man kann die Bilder noch einige Zeit ansehen. Mit dem Gemeinderat hat das nichts zu tun. Das Volk hat bestimmt, die Fröschi-Unterführung umzubauen, aber die Unterführung gehört der SBB. Der Gemeinde gehören nur die Treppen auf der Seite. Seit mindestens anderthalb Jahren bin ich mit der SBB im Gespräch, um eine Lösung zu finden, was nicht ganz einfach ist, weil die SBB diverse Unter- und Überführungen miteinander verknüpft. Um den Verhandlungsspielraum mit der SBB nicht zu verscherzen, möchte ich aber hier nicht zu viel erzählen.

Die SBB hat halt einen etwas anderen Fahrplan als wir. Bei uns wäre das Vorprojekt bereit, man könnte es in die Umsetzung schicken. Das Ausführungsprojekt fehlt zwar noch, aber zuerst müssen wir die Verhandlungen mit der SBB, die wir auf diversen Ebenen führen, endlich zu Ende bringen können.

Mauro Pavan: Wie sieht der Zeithorizont aus?

GR Urs Hess: Dazu kann ich nur sagen, dass wir darauf keinen Einfluss haben. Am Mittwoch, 21. Oktober 2020 hätte eine Verhandlung mit der SBB stattfinden sollen, diese wurde seitens SBB um einen Monat verschoben. (Grund Corona)

Die Fragen sind beantwortet.

7. Nr. 3238

Motion der SVP, Urs Schneider, Energieeffizienz bei bestehenden Heizungen in Gemeinde-Liegenschaften

GR Philipp Schoch: Wir haben vorher beim Grünstadt-Label davon gesprochen, dass ein Label auch einen Aufwand bedeuten kann. Hier haben wir jetzt aber auch einen ganz direkten Nutzen eines Labels und ich bin überzeugt, dass wir heute nicht soweit wären, was die Heizungen in den Gemeindeligenschaften angeht, wenn wir nicht Mitglied bei „Energienstadt“ wären. Seit 2009 sind wir bei der „Energienstadt“ dabei und betreiben exklusiv von den Zivilschutzanlagen dreissig Heizungen. Davon sind sechzehn Gebäude beim Wärmeverbund angeschlossen, acht sind Gasheizungen – das habe ich vorhin korrigiert, denn eine Gasheizung wird ja jetzt ersetzt durch eine Wärmepumpe -, es sind vier Wärmepumpen und nur noch zwei Ölheizungen. Wir sind mit diesem Thema sehr gut unterwegs, auch wenn wir vorhin von Kurt Lanz weitere Inputs erhalten haben, wie wir in diesem Sektor noch besser werden könnten. Das Bewusstsein in der Verwaltung, wo man sich Hilfe holen kann, wer beraten kann, was gute Lösungen sind, ist da. Das ist stets auch abhängig vom Objekt. Bei den acht Gasheizungen gibt es bestimmt noch Luft nach oben und deshalb möchten wir gerne an diesem Thema weiterarbeiten und den Spielraum unserer Möglichkeiten ausnutzen. Wir werden bei den Gasheizungen nochmals einen Effort machen und abklären, welche Lösungen es

gibt und wie lange sie dauern, gleichzeitig aber auch klären, wie lange die Liegenschaften noch für die Gemeinde im Einsatz sind, ob Umnutzungen geplant sind und was dann für Heizsysteme benötigt würden. Dies alles hängt immer zusammen.

Bei den Gasheizungen ist die Motion am richtigen Ort und wir haben Spielraum für eine effizientere Gestaltung. In naher Zukunft werden wir grosse Schulgebäude sanieren. Auch dort sind die Fragen der Energieeffizienz wichtig. Wenn wir in Zukunft sehr viel besser dämmen, braucht es dann diese Heizung noch, und in welchem Umfang? Diese Fragen können wir dort gut abklären. Wir sind auf dem Weg, aber noch nicht am Ziel.

Urs Schneider: Ich danke Gemeinderat Philipp Schoch für die Antworten. Ich habe daraus nicht ganz verstanden, ob er die Motion so entgegennehmen will, interpretiere es aber in dieser Weise. Ich bin in der Rechnungsprüfungskommission darauf aufmerksam geworden, dass ein Vergleich des Ölverbrauchs bei den Liegenschaften sehr unterschiedlich ausfällt. Mit relativ wenig Aufwand kann Energie eingespart werden und ich denke, das ist der einfachste und sinnvollste Weg, bevor man einen Heizungsersatz in Betracht zieht. Nichts ist so unsinnig wie der Ersatz einer Heizung, die noch zehn Jahre funktionieren würde. Darum hoffe ich, dass die Motion so überwiesen wird.

GR Philipp Schoch: Der Gemeinderat möchte diese Motion gerne als Postulat bearbeiten.

Silvio Fareri: Die Fraktion FDP-CVP lehnt die Erheblich-Erklärung dieser Motion ab, weil wir sie als das falsche Instrument erachten. Inhaltlich ist das Anliegen unbestritten und wir empfehlen deshalb dem Motionär ebenfalls, seinen Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln.

Kurt Lanz: Die SP-Fraktion kann mit dieser Motion sehr gut leben, denn es ist eine Aufforderung an den Gemeinderat, finanzielle Mittel im AFP bereitzustellen. Man kann darüber diskutieren, ob man sie bei der Behandlung des AFP wieder in Frage stellen möchte. Der Grund, weshalb wir sie eine gute Idee finden und die Motion unterstützen ist, dass wir vorhin beim Geschäft 3243 über Heizungssanierung geredet haben. Ich denke, wenn wir die Heizungen, die jetzt in Betrieb sind, ein wenig genauer unter die Lupe nehmen, sieht man eventuell notwendigen Sanierungsbedarf und kann ihn geordnet und geplant erledigen. So entstehen in der Regel stets die besseren Lösungen als unter Zeitdruck.

Franziska Senn: Wir von der Fraktion U/G haben diese Motion ebenfalls geprüft und intern diskutiert, ob sie nicht besser in ein Postulat umgewandelt würde und würden das empfehlen. Uns ist aufgefallen, dass nicht unbedingt ein externer Berater eingestellt werden müsste. Eventuell gibt es zu den bestehenden Heizungen Serviceverträge und dann wäre das eine Dienstleistung innerhalb dieses Servicevertrages. Beim Fehlen von Serviceverträgen könnte man auch die bestehenden Hauswartinnen und Hauswarte schulen für die restlichen Laufzeiten dieser wenigen Heizungen.

Urs Schneider: Hätte ich ein Postulat gewollt, hätte ich ein Postulat gemacht. Wer nichts wagt, der nichts gewinnt. Ich halte an dieser Motion fest.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Rat beschliesst mit 30 Ja- zu 7 Nein-Stimmen

://: Die Motion Nr. 3238 wird als erheblich erklärt.

8. Nr. 3239

Motion der SVP, Urs Schneider, Nachhaltiges Pratteln Bäume 20% plus

GR Urs Hess: 20% mehr Bäume innerhalb von zehn Jahren – ist Ihnen bekannt, wie viele Bäume wir in Pratteln, auf Gemeinde-Areal im Siedlungsgebiet haben? 1'204 Bäume! In den

letzten Jahren wurden bereits neue Bäume gepflanzt. 20% mehr, also 240 Bäume in zehn Jahren zu setzen, heisst, wir müssten auf der Hexmatt einen Wald pflanzen, oder statt Kunstrasen wird die Hälfte zu Wald. Das kann nicht Sinn und Zweck sein. Wir begrüssen es, mehr Bäume zu setzen und arbeiten mit Projekten immer daran. Wir sind aber der Auffassung, diesen Auftrag – 20% mehr in zehn Jahren – nicht erfüllen zu können. Entweder sollte die Zahl nach unten angepasst werden, oder wir würden es als Postulat entgegennehmen, um so aufzuzeigen, wie und wo in den nächsten zehn Jahren diese Bäume gepflanzt werden. Es geht nicht darum, dass wir keine Bäume setzen wollen, sondern wir haben schlicht nicht genügend Land, um diese Anzahl Bäume sinnvoll zu setzen.

Andreas Seiler: Die FDP-CVP-Fraktion wäre bereit, diesen Vorstoss als Postulat zu überweisen. Wir finden die Zielsetzung interessant, auch wenn wir nicht sicher sind, ob diese 20% erreichbar sind. Erhält der Gemeinderat dies als Postulat, kann er es prüfen, auch im Rahmen des Grünflächenkonzepts und aufzeigen, wo wieviel erweitert werden könnte. Aus dem Motionstext geht nicht hervor, ob wie angenommen wirklich das Siedlungsgebiet gemeint ist. Einer Überweisung als Postulat würden wir zustimmen, einer Motion nicht.

Urs Schneider: Nein, Urs Hess, ich wusste nicht, wie viele Bäume wir effektiv haben, aber die Zahl überrascht mich nicht. 240 Bäume würde es bedeuten, wenn das so umgesetzt werden sollte – das tönt nach viel, ist es aber eigentlich nicht. Ich denke, Flächen wären vorhanden, ohne dass man den Kunstrasen der Sandgrube einbeziehen müsste. Vielleicht gäbe es in der Sandgrube noch andere Möglichkeiten, Bäume zu setzen, beispielsweise weiter vorn, auf dem Parkplatz. Möglichkeiten gäbe es und der Gemeinderat würde mit dieser Motion beauftragt, einen Massnahmenplan auszuarbeiten. Natürlich: Es gibt neue Wahlen, der Einwohnerrat wechselt und auch der Gemeinderat – ob das wirklich zehn Jahre lang umgesetzt würde, weiss man nicht. Aber irgendwo muss man beginnen. Ich gehe davon aus, dass ich diese Motion so stehen lasse und nicht in ein Postulat umwandle.

Christine Weiss: Die SP findet diese Motion richtig und unterstützt sie. Wie genau diese Zahl von zehn Jahren oder 20% zustande gekommen ist, darüber kann man streiten. Aber es passiert nichts, wenn nicht eine Zahl, eine Zeit, ein Bestand genannt werden, die zu erreichen sind. Dann wird nur geprüft und sehr wenig gemacht.

Benedikt Schmidt: Die Fraktion der U/G unterstützt diese Motion. Wir haben lange überlegt, ob es eine Motion ist und nach nochmaligem Durchlesen des Geschäftsreglements festgestellt, dass sie als Motion laufen kann. Diese Motion ist eine wunderbare Ergänzung zum Postulat „Grünstadt“ und auch zum nächsten Thema; zum Postulat der Hitzeinseln. Ich denke auch, dass es ins Grün- und Freiraumkonzept passt, über das wir schon mehrfach gesprochen haben.

Uns ist nicht ganz klar, was 100% sind. Wenn um 20% erhöht werden soll, muss die 100%-Zahl definiert werden. Mich freut, dass Urs Hess das in einer sehr ambitionierten Art und Weise gemacht hat. Dann stellt sich die Frage, wo diese Bäume gepflanzt werden sollen. Ich nehme das Beispiel Kindergarten Grossmatt. Dort wurde ein Baum gepflanzt, es hätte problemlos Platz für mehrere gehabt. Der Parkplatz Sandgrube wurde bereits einmal genannt als möglicher Platz. Von uns gibt es einen Vorstoss zu diesem Thema, der abgeschmettert wurde, aber möglicherweise kommt diese Frage ja wieder auf.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Rat beschliesst mit 29 Ja- zu 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen

://: Die Motion Nr. 3239 wird als erheblich erklärt.

9. Nr. 3240

Postulat der U/G, Petra Ramseier und Christoph Zwahlen, Hitzeinseln in Pratteln – Klimaschutz im Wohngebiet

GR Urs Hess: Der Gemeinderat ist bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen. Wir haben das Grün- und Freiraumkonzept, das wir unbedingt umsetzen möchten. Da erwarte ich dann natürlich von euch den finanziellen Zustupf im AFP.

Keine Wortmeldungen.

Der Rat beschliesst einstimmig

://: Das Postulat Nr. 3240 wird an den Gemeinderat überwiesen.

10. Nr. 3220

Beantwortung Interpellation der FDP, Stephan Bregy, Auswirkungen der COVID-19 Pandemie auf unsere Gemeinde

GR Philipp Schoch: Diese Interpellation wurde am 5. Mai eingereicht und hat heute eine sehr hohe Brisanz. Ich habe das Geschäft von Christine Gogel und Stefan Löw übernommen. Sie erlauben mir, gewisse Passagen vorzulesen, damit ich nichts Falsches sage.

Frage 1, Krisenorganisation: „Die Gesamtkoordination der Ereignisbewältigung obliegt dem Gemeindeführungsstab. Bereits zu Beginn der Krise wurden vom Stabschef die Geschäftsleitung mit der Schulleitung, der Gemeinderat und die Teamleitungen der Verwaltung mit einbezogen. Aufträge für die Vorbereitung und Umsetzung der Massnahmen in den unterschiedlichen Bereichen wurden von Beginn weg durch den Abteilungsleiter Dienste/Sicherheit und den Stabschef erteilt. In diesem Sinn bestand und besteht eine Gemeindeverwaltungsinterne Krisenorganisation, die Geschäftsleitung, welche den gemeindeinternen Pandemieplan umsetzt. Die Führung obliegt immer dem Gemeinderat, wie bei allen Belangen. Jedoch liegt zum Beispiel die Koordination und die Kontrolle der Schutzziele, die für die Pandemiebewältigung oder –Vorsorge notwendigen Materialbeschaffung und –Verteilung in allen Teilen der Gemeinde bei der Abteilung Dienste/Sicherheit und dem Abteilungsleiter. So werden die vielen unterschiedlichen Schutzkonzepte der Verbände, der Vereine, Hallen- und Platznutzungen der Schule oder dem Schwimmbad mit dem Abteilungsleiter Dienste/Sicherheit besprochen. Wo notwendig, wird interveniert, Schutzkonzepte angepasst, die Geschäftsleitung und / oder der Gemeinderat mit einbezogen.“ Das haben wir jetzt gerade erlebt mit dem Fall letzter Woche. Ich kann sagen, dass ich etwas Erfahrung in diesem Bereich habe und das klappt in unserer Gemeinde wunderbar.

Frage 2, langfristige Auswirkungen: „Zum jetzigen Zeitpunkt ist es noch schwierig, Aussagen über die möglichen langfristigen Auswirkungen zu machen. Sicher ist, dass die Digitalisierung einen Sprung nach vorne machen wird.“ Das hat sie bereits gemacht und dort ist auch die Schule einbezogen. „Vermutlich wären die Prozesse etwas langsamer ausgefallen. In der Vision und in den Legislaturzielen möchten wir die Digitalisierung forcieren. Betreffend Homeoffice kann auch festgestellt werden, dass insbesondere Führungsfunktionen nur beschränkt im Homeoffice ausgeführt werden können. Ebenfalls zeigt sich auch, dass man zwar im Homeoffice ungestörter und damit auch effizienter arbeiten kann, in gewissen Bereichen fehlt aber der Face-to-Face-Kontakt, was dann wieder weniger effizient sein kann. Die räumlichen Anforderungen an das neue Gemeindezentrum wird sich nicht gross ändern.“

Frage 3, finanzielle Auswirkungen: „Die Abteilung Finanzen erwartet potenzielle Auswirkungen auf die Bereiche Fiskalertrag und Sozialhilfekosten. Diese Erwartung ist jedoch mit Vorsicht zu geniessen. Immer wieder werden differenzierte Meinungen zu den finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde gemacht. Die einen erwarten Einbrüche im Fiskalertrag, andere nicht. Wir gehen heute davon aus, dass die Steuererträge für das Jahr 2020 relativ stabil sein werden.“ Auch das ist natürlich mit Vorsicht zu geniessen. Es handelt sich um heutiges Wis-

sen. „In der Budgetierung für das Jahr 2021 sind aktuelle Zahlen des Kantons eingeflossen, und wir haben auch sehr darauf geachtet und haben uns wirklich angestrengt, die Ausgaben klein zu halten.“ Die finanziellen Sofortmassnahmen sind Ihnen eigentlich bereits bekannt. Sie kennen auch die Aktionen „Pratteler halten zusammen“ und wissen, dass die Gemeinde Sanierungen in der Höhe von CHF 275'000 vorgezogen hat.

Frage 5, gibt es eine Analyse: „Es ist noch zu früh für eine Analyse. Grundsätzlich arbeitet der Gemeindeführungsstab gemäss den vorhandenen Szenarien mit Checklisten für die Krisenbewältigung der unterschiedlichsten Ereignisse. Vom Chemie-Ereignis – was wir in Pratteln glaub genügend kennen – „über die Pandemie bis zum grossen Erdbeben.“ All die Leistungen, die die Gemeinde hier erbringt, hängen vor allem an einer Person und dieser Person – Marcel Schaub – möchte ich ganz herzlich danken für seine umsichtige und qualitativ sehr hochstehende Arbeit, die er tagtäglich für unsere Sicherheit in Pratteln leistet. Ohne ihn wäre es wohl in Pratteln sehr viel aufgeregter. Er hat auf jede Frage eine prompte und sichere Antwort – danke, Marcel!

Urs Baumann: Stephan Bregy ist nicht mehr im Einwohnerrat. Dieter Stohler verzichtet im Namen von Stephan Bregy auf die Diskussion.

://: Die Interpellation Nr. 3220 ist beantwortet.

Es sind jetzt 36 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3 Mehr 24 Stimmen.

11. Nr. 3188

Beantwortung Postulat der SP, Rebecca Moldovanyi, Sitzgelegenheiten

GR Urs Hess: Ihr habt ausführliche Antworten zum Thema Sitzgelegenheiten erhalten und ein Plan lag der Beantwortung bei. Bänke kann man aufstellen, wenn Platz vorhanden ist. Im Ortsteil, wo sich die Altersheime befinden und im inneren Teil des Dorfes bestehen Sitzbänke in den empfohlenen Abständen. Auf der Westseite des Dorfes hat es wenig bis gar keine Bänke und es wäre schön, hin und wieder weitere Sitzbänke bauen zu können. Das eine Kriterium ist der Preis, das andere der benötigte Platz. Auch aus der Antwort konntet ihr sehen, dass wir bemüht sind, Lösungen zu finden und zu realisieren. Zu bedenken ist auch, dass Anwohner teilweise nicht begeistert sind von neu aufgestellten Sitzgelegenheiten, weil damit das Problem des Litterings und des Lärms entsteht. Wir nehmen Empfehlungen von Verbänden, beispielsweise Alters- oder Behindertenverbänden, entgegen und setzen dann jeweils entsprechend den neusten Normen Bänke. Ich bitte, das Postulat abzuschreiben.

Rebecca Moldovanyi: Ich danke ganz herzlich für die ausführliche Beantwortung und sehe Gründe, neue Anträge zu stellen, denn im Westen und Osten gäbe es noch Spielraum. Ich bin ebenfalls für eine Abschreibung des Postulats.

Billie Grether: Wir empfehlen, das Postulat abzuschreiben. Zu den Ergänzungen stellen wir die Frage, wie es ausserhalb der Siedlungen aussieht mit Bänken. Auch zwischen Längi und Pratteln wären sie wichtig und bei beliebten Spazierwegen, die auch von Seniorinnen und Senioren genützt werden. Da wäre eine sorgfältige Abklärung wünschenswert.

GR Urs Hess: Ausserhalb des Siedlungsgebiets ist üblicherweise nicht die Gemeinde der Landbesitzer. Meist läuft das über den Verkehrs- und Verschönerungsverein oder über die Wanderwege, die teilweise die Bänke zur Verfügung stellen. Das haben wir aber nicht erhoben und dort sind die Abstände sicher grösser. Es geht hauptsächlich um das Siedlungsgebiet. Von Längi nach Pratteln ist recht vieles im Umbruch und im Wandel und man wird sehen, welche Möglichkeiten sich ergeben. Aber eben, man muss der Landbesitzer sein, um etwas machen zu können.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Rat beschliesst einstimmig

://: Das Postulat Nr. 3188 wird als erfüllt abgeschrieben.

12. Nr. 3181

Beantwortung Postulat, SP, Tobias Henzen, Kreuzung Gehrenacker / Mühleweg

GR Urs Hess: Über diese Kreuzung wurde bereits diskutiert. Mit Tobias Henzen wurden seine Vorstellungen besprochen und ihm wurde aufgezeigt, worum es geht. Wie hier steht, wird man an dieser Kreuzung das eine oder andere machen. Aber nächstes Jahr wird der Mühleweg saniert. Einerseits werden Wasserleitungen erneuert. Andererseits, als grosser Auslöser, zieht die Elektra Baselland ein neues Kabeltrasse von der Lachmatt bis Füllinsdorf. Wir haben selbstverständlich die Bewilligung dazu erteilt, die Leitung dort durchzuführen, wo wir sowieso die Strasse sanieren wollten. So haben wir gleichzeitig auch einen Zustupf an die Strassensanierung, und die Defizite, die teilweise bestehen, können dort entsprechend einfließen. Tobias Henzen war bei der Besprechung mit diesem Vorgehen einverstanden. Ich bitte, das Postulat abzuschreiben.

Keine Wortmeldungen.

Der Rat beschliesst einstimmig

://: Das Postulat Nr. 3181 wird als erfüllt abgeschrieben.

13. Nr. 3199

Beantwortung Postulat, SVP, Simone Schaub, Hundespielplatz Gottesacker

GR Urs Hess: Wir haben dieses an uns überwiesene Postulat geprüft und beantwortet. Viele Antworten finden sich im Bericht. Ich denke, auch das ist etwas, was im Grün- und Freiraumkonzept geplant werden kann und bitte euch, das Postulat abzuschreiben.

Simone Schaub: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats, bin aber nicht ganz glücklich mit den Antworten. Ich zitiere „Die geschätzten Kosten übersteigen die anfangs erwähnten jährlichen Schwankungen deutlich.“ Mich interessiert, wie diese Kostenschätzung aussieht und weshalb die Zahlen dazu nicht gleich genannt worden sind. Ebenfalls nicht erwähnt wird, ob meine Vorschläge in die Prüfung eingeflossen sind, gebrauchte anstatt immer neue Utensilien zu verwenden oder zu besorgen sowie der von den IG-Mitgliedern erwähnte, jährliche Zustupf inklusive Hilfe beim Unterhalt. Ich wünschte mir, dass einem solchen Entgegenkommen und dem daraus entsprechenden Wunsch der vielen Hundebesitzer Rechnung getragen würde. Für mich nicht ganz klar ist, ob der Vorschlag analog der Ideensammlung „arco verde“ ebenfalls ins Grün- und Freiraumkonzept einfließen könnte. Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass Hundebesitzer nicht einfach als Verschmutzer anzusehen

sind! Genauso ist es aber dem unangenehmen Brief zu entnehmen, den die Gemeinde im Sommer an sehr viele Hundebesitzer versendet hat. Ich zitiere aus diesem Brief: „Pratteln unternimmt grosse Anstrengungen, um den öffentlichen Raum möglichst sauber zu halten und aufwändige und manchmal eklige Aufräumarbeiten zu vermeiden. Sauberkeit ist nicht nur ein unabdingbarer Teil der Wohnqualität, sondern auch eine Sicherheitsfrage.“ Dieser Brief war ziemlich umfangreich, verlor allerdings kein Wort dazu, dass sich die meisten Hundebesitzer korrekt verhalten. Im Gegenteil, es stand einfach, dass CHF 5'000 Busse drohe. Sind denn auch sämtliche Einwohner mit Androhung von Strafen angeschrieben worden, nur, weil einige wenige nicht fähig sind, ihren Abfall korrekt zu entsorgen? Auch das ist in den meisten Quartieren regelmässig zu sehen.

Sinn dieses zentralen Hundespielplatzes wäre eine für alle gute Zugänglichkeit und dass Hunde die Möglichkeit haben, ohne Leine zu laufen, auch wenn sie zum Schutz des Wildes mal nicht in den Wald können. Es würde notabene nur ein Viertel der Fläche beansprucht. Ich bitte, das Postulat nicht abzuschreiben.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Rat beschliesst mit 24 Ja gegen 8 Nein bei 4 Enthaltungen

://: Das Postulat Nr. 3199 wird als erfüllt abgeschrieben.

Urs Baumann: Wir sind am Schluss der heutigen Einwohnerratssitzung. Aufgrund der Situation mit Corona gibt das Büro keine Empfehlung für ein Restaurant. Es soll bitte jeder selbst entscheiden, oder jede Fraktion sich selbst organisieren.

Die Geschäfte Nr. 3234,3167, 3206 sind nicht behandelt.

Die Sitzung wird um 21.50 Uhr beendet.

Pratteln, 27. Oktober 2020

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Urs Baumann

Ulrike Schmid